

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
Vierteljahr 1,50.— M., monatl. 50.— M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Halb-  
jahr: 3,00.— M., einjährig 5,50.— M.,  
einschl. Postgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, Saar- u. Rhein-  
gebiet, sowie Österreich u. Luxemburg  
84.— M., für das übrige Ausland  
102.— M. Postbestellungen nehmen  
an Belgien, Dänemark, England, Est-  
land, Finnland, Frankreich, Holland,  
Letland, Litauen, Norwegen, Österreich,  
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei  
und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Humor“ und der  
Beilage „Erdkunde und Reisegerate“  
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags  
und Feiertags einmal.  
Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Nonpareilzeile  
kostet 16.— M. — Reklamzeile 80.— M.  
„Kleine Anzeigen“ das gesetzlich  
bestimmte Wort 4.— M. (zweifach zwei gesetz-  
lich bestimmte Worte), jedes weitere Wort  
2.— M. Stellengedichte und Schul-  
stellenanzeigen das erste Wort 2,50 M.,  
jedes weitere Wort 2.— M. Worte  
über 15 Buchstaben zahlen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-  
nenten 50% Rabatt.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geschäft  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonntag, den 17. Juni 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Poincaré in London.

### Ein Plan zur Ausbeutung des Ruhrreviers?

Poincaré ist in London eingetroffen. Amtlich wird  
verrichtet, es handle sich um keinen politischen Besuch. Die  
Presse hingegen ergeht sich in den weitgehendsten Kombinationen.  
Zum Teil wird die Vermutung ausgesprochen, Lloyd  
George werde mit Poincaré über die Schwierigkeiten  
sprechen, die einem englisch-französischen Pakt entgegenstehen,  
andere Blätter wollen wissen, daß vor allem die russische Frage  
behandelt werden soll, nach einer dritten Version steht die Re-  
parationsfrage im Vordergrund des Interesses. Es ist  
beachtenswert, wenn „Petit Parisien“ in diesem Zusammen-  
hange schreibt, nicht nur die Reparationsfrage, sondern auch  
die Sanktionsfrage dürfe Frankreich und England in  
Zukunft nicht mehr trennen, wenn, wie es scheint, die fran-  
zösische Regierung gegebenenfalls andere Zwangs-  
maßnahmen ins Auge fassen sollte als die Besetzung des  
Ruhrgebietes. Auch das „Journal“ behandelt die Frage in  
diesem Sinne. Es heißt da u. a.:

Es ist bald Zeit, mit unseren Alliierten der deutschen Regierung  
ohne Umschweife die Frage zu stellen: was wollen Sie be-  
zahlen? Wenn Deutschland stark ist und guten Willen hat, so  
wird es seinen großen Industriellen die nötigen Opfer auferlegen.  
Im Jahre 1921 haben Briand und Loucheur sehr ernsthaft einen  
Plan zur Ausbeutung der Ruhr zu unserem Nutzen besprochen. Die  
Männer, die mit der technischen Leitung der Angelegenheit betraut  
werden sollten, waren schon ernannt worden. Man bestätigte, daß  
Poincaré die eventuelle Wiederaufnahme dieses Projektes mit Hilfe  
der gleichen Sachverständigen ins Auge gefaßt habe. Es würde sich  
jeht aber nicht darum handeln, die Hand auf die deutschen Kohlen-  
werte zu legen, sondern eine Abgabe auf jede geförderte Tonne in  
Anwendung zu bringen. Deutschland würde die nötige Tonnage für  
seine Bedürfnisse betreffen werden. Es ist wahrscheinlich, daß diese

Frage einer der hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände zwischen  
den beiden Ministerpräsidenten sein werde.

Hier zeichnet sich ein Plan vom Hintergrund der üblichen  
Reisekommentare ab, der amtlichen Stellen Frankreichs nicht  
fern zu stehen scheint.

Das Garantiekomitee trifft heute abend in Ber-  
lin ein. In informierten Kreisen erwartet man, daß zunächst  
über die Finanzkontrolle und die Kapitalflucht  
Beratungen geführt werden. Vor allem soll man aber be-  
absichtigen, die Ausführung des Zwangsanleihegesetzes für die  
allernächste Zeit zu erwirken. Ueber eine Anleihe wird zu-  
nächst offiziell nicht verhandelt werden.

### Reparationsinterpellationen.

Paris, 17. Juni. (APB.) Der sozialistische Abgeordnete Léon  
Blum hat eine Interpellation eingereicht über die Art und Weise,  
wie die französische Regierung des Reparationsproblems  
aufgeht und wie sie nunmehr den Vertrag von Versailles  
und den Londoner Zahlungsplan anzuwenden gedenke.

Auch der rechtssozialistische Abgeordnete Vincent Aurio  
wünscht Auskunft über die Maßnahmen, die die Regierung zur  
Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Frank-  
reichs zu treffen gedenke, damit das Reparationsproblem in prak-  
tischer und endgültiger Weise einer Lösung entgegen-  
geführt werde.

Die Gerüchte über Vanderpoels Ermordung. Das Zentral-  
organ der belgischen sozialistischen Partei, „Peuple“, demantiert  
die Nachricht, daß Vanderpoel in Moskau ermordet worden sei. In  
Paris liegt, obwohl die Gerüchte von der Ermordung Vander-  
poels immer härter geworden sind, an unrichtigen Stellen bisher  
keinerlei Bestätigung der Meldung vor.

## Ankläger Frossard.

Nach einem ausführlichen Sitzungsbericht der „Roten  
Fahne“ über die neue Tagung der erweiterten Exekutive der  
Dritten Internationale hat der Vorsitzende C i n o w j e w gleich  
in der ersten Sitzung vom 7. Juni die Teilnahme des Prä-  
sidenten der Dritten Internationale an dem Projekt gegen die  
Sozialrevolutionäre beantragt, und zwar soll Lile Teilnahme  
darin bestehen, daß einige „politische Sachverständige“ damit  
beauftragt werden, die Rolle der bürgerlichen Staaten und  
der Menschewiki während der Intervention darzulegen. Für  
diese letzte Tätigkeit sind in Aussicht genommen: der Tscheche  
Schmeral, der Engländer Bell, der Bulgare Jordan-  
now und die Franzosen Sadoul und Frossard.

Nach einem weiteren Projektbericht der „Roten Fahne“  
vom 15. Juni ist auch F r o s s a r d bereits als Zeuge über die  
Stellungnahme der französischen Regierung zu der russischen  
Februarrevolution vernommen worden. Das gibt uns Anlaß,  
die Person dieses Mannes, der die Funktion eines Generalsekretärs  
der kommunistischen Partei Frankreichs bekleidet,  
etwas näher zu beleuchten.

Frossard, der selbst während des Krieges keineswegs auf  
dem linken Flügel seiner Partei stand, stand noch im Jahre  
1920 den kommunistischen Ideen sehr kühl gegenüber. Er  
gehörte, im Gegensatz zu Loriot, Bouraine, Rappoport und  
anderen, die ein „Komitee für den Anschluß an die Dritte  
Internationale“ gebildet hatten, dem „Komitee für den Wieder-  
aufbau der Internationale“ an, das sich später für den An-  
schluß an die Wiener Arbeitsgemeinschaft entscheiden sollte.  
Bei der ersten großen Kraftprobe zwischen den beiden Rich-  
tungen auf dem Straßburger Parteitag im Januar 1920  
wandte sich Frossard mit aller Schärfe gegen die anti-  
militaristischen Tendenzen der Anhänger Mostaus  
und er vertrat gegenüber einem jungen Wortführer der radi-  
kalen Richtung, Raymond Lefèvre, mit aller Energie den  
Grundsatz der Landesverteidigung. Er rief  
damals mit schönem Pathos aus:

„An jenem Tage, an dem die Mehrheit der Partei sich über die  
Vaterlandsidee die Ansichten zu eigen machen würde, die hier vom  
linken Flügel entwickelt worden sind, dann können Sie versichert sein,  
daß es viele Genossen geben würde — ich an der Spitze — die  
nicht abwarten würden, um die Partei zu verlassen, daß man sie aus-  
schließt!“

Einige Zeit nachdem er dieses eindeutige „sozialpatrio-  
tische“ Glaubensbekenntnis abgelegt hatte, fuhr Frossard zu-  
sammen mit Cachin nach Moskau, um über den Anschluß seiner  
Partei an die Dritte Internationale zu verhandeln. Das war  
gerade zur Zeit des erfolgreichen russischen Vormarsches auf  
Warschau, als die Wellen der kommunistischen Propaganda  
in Mittel- und Westeuropa am höchsten schlugen. Die bolsche-  
wistische Strömung, die noch in Straßburg in Minderheit ge-  
blieben war, drohte die Mehrheit zu erlangen. Da stellten  
die Moskauer unter heftigsten persönlichen Anklagen gegen  
Frossard und Cachin ihre berühmten 21 Punkte auf, die  
u. a. besagten, daß nur solche Kommunisten, die vor Ende  
des Konzresses sich für diese Bedingungen öffentlich eingeklagt  
hätten, Funktionen in den künftigen geeinigten kommunisti-  
schen Parteien würden bekleiden dürfen. Da bangte es Frossard  
um seine Funktion als Generalsekretär der Partei und Cachin  
um seinen Posten als Chefredakteur der „Humanité“ und sie  
sandten gemeinsam ein Telegramm an das Pariser Sozialisten-  
blatt, in dem sie ihre Bekehrung zum Kommunismus feierlich  
verkündeten!

Seitdem wird Frossard, von dem allgemein bekannt ist,  
daß er auch nach seiner Rückkehr aus Moskau sich sehr kritisch  
über den Bolschewismus äußerte, nur noch mit B e r a c h t u n g  
von allen französischen Sozialisten angesehen. Er gilt drüben  
als der typische Renegat, der seine Ueberzeugung aus  
persönlichen Interessen heraus verleugnet hat. Und dieses  
Musterbeispiel kommunistischer Gesinnungslosigkeit, dieser  
glühende Verächter der Vaterlandsidee tritt heute als Be-  
lastungszeuge gegen die Sozialrevolutionäre auf und  
wagt es im Chor mit den Menschewiki Vanderpoel und die  
übrigen Führer der Zweiten Internationale als „Sozial-  
patrioten“ und „Sozialverräter“ zu beschimpfen!

Sein jetziges Auftreten setzt dieser Reihe von schwächlichen  
Taten die Krone auf. Die Vermutung liegt nahe, daß er mit  
diesem traurigen Liebesdienst wiederum nur die eigene Haut  
retten wollte. Denn in den Augen der berufenen Wortführer  
des französischen Kommunismus ist Frossard niemals ein wirk-  
licher Kommunist gewesen. Seine Opposition gegen die  
„Einheitsfront“-Befehle des Exekutivkomitees und seine lang-  
jährige Mitarbeiterschaft am „Journal de Peuple“, dem  
Blatte des toten ausgestorbenen H e n r i F a b r e, mit dem  
er persönlich eng befreundet ist, machte ihn in den Augen der  
„Reinen“ überflüssig für eine Absehung von seinem Generalsekretärposten. Nun dürfte er sich als Belastungszeuge gegen  
die angeklagten Sozialrevolutionäre eine Gnadenfrist  
glücklich erkaufen haben.

Seine Aussage, über die die „Rote Fahne“ ausführlich  
berichtet, brachte übrigens absolut nichts Neues zur Sprache.  
Ein Satz aber, den das Berliner Organ im Freidruck her-  
-

## Reichstagsauflösung?

Am Montag beginnt im Reichstag der Kampf um die  
Getreideumlage, der in den nächsten vierzehn Tagen  
parlamentarisch entschieden werden wird. Im Reichsrat ist die  
Regierungsvorlage, wie schon gemeldet, mit großer Mehrheit  
gegen die Stimmen verschiedener preussischer Provinzialver-  
treter und Württembergs, das eine zu schwere Belastung seiner  
kleinen Landwirte befürchtet, angenommen worden.

Unübersehlich sind die Verhältnisse im Reichstag.  
Hier sind nicht nur die ausgesprochenen Vertreter des Agrarier-  
tums Gegner der Vorlage, sondern es ist dem großagrarischen  
Terror auch gelungen, bürgerliche Abgeordnete, die von städti-  
schen Verbrauchern gewählt sind, unter seine Botmäßigkeit zu  
bringen. Zu ihnen gesellen sich jene Theoretiker der freien  
Wirtschaft, denen ihr Prinzip über dem Wunsch steht, die Mög-  
lichkeit der Volksernährung aufrechtzuerhalten.

Obwohl zweifellos die erdrückende Mehrheit des Volkes  
erträglichste Getreidepreise will, könnte unter Umständen im  
Reichstag eine Mehrheit in Erscheinung treten, deren Absicht  
dem Volkswillen entgegengesetzt ist. In diesem Fall wäre nach  
demokratischen Grundsätzen die Notwendigkeit von  
Neuwahlen gegeben. Bei diesen Neuwahlen würde das  
Volk zu entscheiden haben, ob sich der Brotpreis allmählich der  
allgemeinen Preissteigerung anschließen oder ob er mit einem  
Sprung auf das Zweieinhalbfache bis Dreifache  
des gegenwärtigen Preises für Marktbrot steigen  
soll.

Es ist möglich, daß es im Reichstag zu einer Verständi-  
gung kommt, obwohl die Schwierigkeiten nicht gering sind.  
Sollte aber die Verständigung scheitern, sollte die Umlage fallen  
oder so gestaltet werden, daß sie zum bloßen Schaugericht wird,  
dann würde unsere Partei plötzlich vor die Rotwendigkeit rascher  
Entscheidungen und durchgreifenden Handelns gestellt  
sein. Es würde ihr dann die Aufgabe zufallen, bei Neuwahlen,  
seht ganz auf sich allein gestellt, die Lebensinteressen der nicht-  
agrarischen Verbraucher — nicht nur der Arbeiter, sondern  
auch der Beamten, Angestellten und des ganzen  
Mittelstandes — zur Geltung zu bringen.

Von dem Verantwortungsgefühl eines Teils  
der bürgerlichen Parteien dürfen wir erwarten, daß sie vor  
Schritten zurücktreten werden, deren Folgen unabsehbar sind.  
Sie wissen auch, daß es für die Sozialdemokratische Partei  
einen Punkt gibt, hinter den sie nicht zurückweicht. So wün-  
schenswert auch eine Verständigung auf haltbarer Grundlage  
ist, so wenig kann unter allen Umständen mit ihr gerechnet  
werden. Es gilt also, bereit zu sein!

Kritik 25 der Reichsverfassung besagt: „Der Reichspräsi-  
dent kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem

gleichen Anlaß. Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten  
Tage nach der Auflösung statt.“ Da die Wahl an einem Sonnt-  
tag vorzunehmen ist, ist der letzte mögliche Termin der letzte  
Sonntag vor dem sechzigsten Tag. Käme es noch im Lauf des  
Juni zur Auflösung, so müßten die Wahlen spätestens in der  
zweiten Augusthälfte vorgenommen werden.

## Verdoppelung des Brotpreises!

Zur weiteren Begründung des Getreideumlagegesetzes  
erklärte Staatssekretär Heinrich den Pressereportern heute mittag  
u. a.: Die Brotgetreideernte auf dem jetzigen Gebiet des Deutschen  
Reiches betrug im Jahre 1921 9,47 Millionen Tonnen, im Jahre 1913  
dagegen 13,1 Millionen Tonnen. Im Durchschnitt also 12,1 Millionen  
Tonnen, dabei war jedoch auch 1913 ein Einfuhrüberschuß  
von annähernd einer Million Tonnen vorhanden. Auf den Kopf der  
Bevölkerung dieses Gebietes gerechnet, kamen ohne Saatgut in den  
Jahren 1913/14 250 Kilogramm, davon 237 aus der inländischen  
Ernte, dagegen in den Jahren 1921/22 einschließlich der Einfuhr auf  
den Kopf 141 Kilogramm, wovon 126 durch die Inlandernte gedeckt  
wurden.

Bei den Verhandlungen in der letzten Zeit hat sich die Land-  
wirtschaft bereit erklärt, etwa zwei Millionen Tonnen inländi-  
schen Getreides zur Verfügung zu stellen, aber zum freien  
Marktpreis. Die Regierung ist darauf nicht eingegangen, weil  
sie die erforderliche Organisation erst schaffen mußte und weil das  
weitere Angebot der Landwirtschaft, bei Nichterhaltung dieser Liefe-  
rung das Umlageverfahren in Kraft zu setzen, auch keine Aussicht  
biete. Dazu kommt die Preissteigerung im freien Verkehr, die dazu  
führen würde, daß jeder geforderte Preis auch gezahlt  
werden müßte. Die Regierung ist überzeugt, daß dieser Preis zeit-  
weise über den Weltmarktpreis hinausgehen würde. Infolge der  
bekannten Forderung der Entente stehen Verbilligungs-  
gelder für ausländisches Getreide nicht mehr zur Ver-  
fügung, also muß auch Inlandsgetreide unter dem freien In-  
landspreis aufgebracht werden, sonst würde die Versorgung der Be-  
völkerung zu erträglichen Preisen nicht möglich sein. Dieses Opfer  
für das Allgemeinwohl muß die Landwirtschaft schon bringen. Um  
ihre jedoch weitere Opfer zu ersparen, sei die Nachprüfung des Ge-  
treidepreises im Laufe des Wirtschaftsjahres vorgesehen. Außerdem  
soll bei der Preisgestaltung liberaler vorgegangen und auch Rücksicht  
genommen werden auf die Lage, unter der die Landwirtschaft im  
nächsten Jahre zu produzieren hat. In der Preisfestsetzung soll der  
Landwirtschaft so weit entgegengekommen werden, als das Allgemein-  
interesse nur gestattet.

Mit absoluter Sicherheit ist mit einer sehr wesentlichen Erhöhung  
des Preises für das Marktbrot, die nicht weit entfernt von der  
Verdoppelung des jetzigen Preises sein wird, im neuen Wirtschaftsjahr  
zu rechnen. Wie bereits bekannt, sollen im neuen Wirtschaftsjahr  
die Bemittelten Brotkarten nicht mehr erhalten. Die Abgren-  
zung nach dieser Richtung wird vom Finanz- und Ernährungs-  
ministerium mit Zustimmung des Reichsrates festgesetzt werden.



streicht, verdient jedoch ganz besonders hervorgehoben zu werden. Grossard sagte nämlich u. a. aus:

Um die russische Armee zum Vormarsch zu veranlassen, wurde der französische sozialistische Munitionsmilitär Albert Thomas nach Rußland geschickt.

Genau in dieser Aufmachung ist dies in der „Roten Fahne“ zu lesen. Und der Durchschnittsleser dieses Blattes wird dabei zornig ausruhen: „Und mit solchen Leuten sollten wir etwas Gemeinsames haben? Hui Teufel! Niemals!“

Verzeihung! Ist A. Thomas damals allein nach Rußland gefahren? Hatte sich nicht ein anderer französischer Sozialist damals nach Rußland begeben, genau zu demselben Zweck? War dieser andere Sozialist nicht Marcel Cachin, der jetzt als der Führer der französischen Kommunisten von den Lesern der „Roten Fahne“ besudelt wird, wenn er auf einer internationalen Kundgebung in Berlin auftritt, wie zuletzt im Januar d. J. im Sportpalast? Ohrenzeugen versichern übrigens, daß Cachin damals noch viel radikaler für die Fortsetzung des Krieges in Rußland auftrat als Thomas und daß namentlich seine Rede in Neapel vor den Matrosen der russischen Flotte das Höchste dessen darstellte, was auf dem Gebiete dieser Entente-Propaganda jemals geleistet wurde.

Warum tritt nicht auch Martel Cachin als „politischer Sachverständiger“ im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre auf? Er scheint uns für diese Aufgabe ganz besonders geeignet zu sein.

## Koalitionspolitik der USP.

### Kautsky über die Einigung.

Karl Kautsky setzt die im „Sozialist“ begonnene Erörterung über die Einigungsfrage jetzt in der „Freiheit“ fort. Diese hatte ihn aufgefordert, seine Meinung darüber zu äußern, wie er sich die Möglichkeit der Einigung ohne Kapitulation zwischen zwei Parteien vorstelle, von denen die eine in der Regierung mit bürgerlichen Parteien, die andere aber außerhalb der Regierung sich in Opposition befindet. Kautsky antwortet auf diese Fragen sehr ausführlich. Er weist der „Freiheit“ nach, daß ihre Gegenüberstellung gar nicht den Kern treffe:

Hier liegt in der Tat eine Schwierigkeit vor. Aber man darf ihre Größe nicht übersehen. Sie wäre wohl kaum überwunden, wenn tatsächlich die eine Partei in der Regierung und die andere in entschiedener Opposition wäre, mit der Absicht, die Regierung zu stürzen.

Aber so liegen doch die Dinge nicht. Die USP. strebt nicht danach, die Regierung zu stürzen, in der die SPD. drinnen sitzt. Sie hat sie bisher in allen entscheidenden Fragen geführt.

Eine Gruppe der Unabhängigen, sagt Kautsky weiter, wolle die Einigungserörterungen verschleppen, bis die gegenwärtige Regierungskoalition zerfallen und die Sozialdemokratische Partei wieder in Opposition sei:

Diese Art des Hinausschiebens der Einigung wäre allerdings nicht sehr rühmlicher Natur. Man würde dann einen Vorgang, dessen Eintreten eine Lebensfrage für das deutsche Proletariat ist, abhängig machen von einem Zufall. An dem Charakter der SPD. würde sich durch ihren gelegentlichen Austritt aus der Koalition nichts ändern. Sie würde der Koalitionspolitik dadurch nicht grundsätzlich abschweifen. Man würde also die Einigung von einer reinen Neuerlichkeit abhängig machen, die nur für sehr oberflächliche Gemüter von Bedeutung sein kann.

Man würde dadurch überdies die Einigung von einem Ereignis abhängig machen, dessen Eintreten wir nicht einmal wissen dürfen.

Denn welches wäre die Alternative einer Koalitionsregierung? Doch nicht eine rein sozialistische Regierung? Wäre eine solche bei den augenblicklichen Machtverhältnissen möglich, dann hätten allerdings die Rechtssozialisten die Pflicht, sofort aus der Koalition herauszugehen. Dann hätten sich aber auch die Unabhängigen schwer am Sozialismus verschrieben, daß sie bisher jede Gelegenheit ergriffen hatten, die Koalitionsregierung zu stürzen. In Wirklichkeit

haben sie daran sehr wohl getan, weil sie eben in ihrer Mehrheit sehr wohl wissen, daß eine rein sozialistische Regierung zunächst bei den gegebenen Machtverhältnissen unmöglich ist.

Tatsächlich treibt die USP. ebenso wie die SPD. Koalitionspolitik. Der Unterschied der beiden Parteien ist nur der, daß die Koalitionspolitik der einen stabil ist, die der anderen nur labil, das heißt, jeden Moment zum Umfallen geneigt. So tragen sie in die Politik der Einigung, die sie mit Recht betreiben, ein Moment steter Unsicherheit hinein.

Angesichts der bisherigen Haltung der „Freiheit“ hat Kautsky allerdings wenig Hoffnung, sie selbst und die führenden Kreise der USP. zu überzeugen. Er rechnet auf diejenigen Kreise, die der Einigung zwar geneigt, aber vereinzelt und verschüchtern sind, und die er sammeln möchte. Er kündigt beiläufig das Erscheinen eines neuen Buches über „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ an, dessen Aufnahme ihm zeigen soll, ob er mit seinem Eintreten für die Einigung in der USP. noch Boden finden kann.

Die „Freiheit“ begleitet die Darlegungen Kautskys mit sehr oberflächlichen Bemerkungen. Dittmann, der sich seit er Chefredakteur der „Freiheit“ geworden ist, als unbestrittener Diktator der USP. fühlt, unterstellt in besonders vornehmer Weise, Kautsky habe den ganzen Artikel nur geschrieben, um — Neuland für sein neues Buch zu machen! Er versichert zwar, das Proletariat habe in seinem Emanzipationskampfe „neben der revolutionären auch eine konservative Aufgabe zu erfüllen“, nämlich die Erhaltung der Demokratie. Die USP. erfülle diese konservative Aufgabe, indem sie die Regierung, in der sich Sozialdemokraten befinden, stütze. Über die Sozialdemokratie, die durch ihre Beteiligung an der Regierung dem gleichen Zwecke diene, ist durch die Koalition „an die Reaktion gefesselt“. Und außerdem sind, nach der „Freiheit“, die anderen Parteien der Koalition, Zentrum und Demokraten, nur Repräsentanten der „katholischen und jüdisch-liberalen Kreise“!

Die „Freiheit“ macht also ihre „labile“ Koalitionspolitik „grundständig“ weiter. Trotzdem angeblich die Regierung der Reaktion diene, wird die „Freiheit“ mit der USP. sie unterstützen, um eine „konservative Aufgabe“ zu erfüllen. Sie wird aber die Einigung deshalb weiter bekämpfen, weil die Sozialdemokratie in dieser von ihr unterstützten Regierung ist. Da müssen die unabhängigen Leser nachgerade eine außerordentliche Hochachtung vor der zielklaren Konsequenz der neuen „Freiheit“-Redaktion bekommen!

## Der Kern der Heuchelei.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ stimmt ein großes Jammergeschrei an, weil die Sozialdemokratische Partei den für den 23. Juni inszenierten Kummel gegen die „Schuldfrage“ nicht mitmacht. Sie klagt über „das deutsche Erbteil, die Uneinigkeit und Zerrissenheit“, gegen das sie sicher erfolgreich ankämpft, wenn sie die Resolution des Parteiausschusses ein „Fälligerkennstuck“ nennt. Warum wir die Verantwortungen nicht mitmachen können, das sollte eigentlich das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei besser wissen als wir. Denn es dürfte ihm doch nicht unbekannt sein, daß ein anderes Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, am Tage nach dem Urteil im Münchener Dokumentenprozeß folgendes geschrieben hat:

Es sind auf deutscher Seite im Juni 1914 außerordentlich schwere Fehler gemacht worden, so schwere Fehler, daß man es dem Auslande nicht verzeihen kann, wenn es sie nicht einfach als Fehler gelten lassen will, sondern nach versteckten Absichten sucht. Ein italienischer Diplomat sagte jüngst: „Ihr Unglück ist es, daß Ihre Leute im Juni 1914 so dumm waren, daß man es im Auslande nicht für möglich hält.“ Wir sind in den Krieg nach Bülow's und Tirpitz' Worten hineingekerkert und haben dann, als die Annahme Bestimmungs, daß der Krieg sich löslicher lassen und daß England den Frieden halten werde, als irrig erwies, Fehler auf Fehler begangen, wie ein schlechter Schwimmer, der plötzlich keinen Boden mehr unter den Füßen fühlt, verzweifelt mit den Armen um sich schlägt und des Verberstehens tut.

Berolina Kemp als Carmen. Was ob so an einem Abschiedsabend zeigen wollte, welcher konzentrierten Kraft sie fähig ist, schenkte uns die Staatsoper eine Carmen-Aufführung, die uns mit Schillings, mit den Szenen, Akten und Geschehen seiner Mitglieder für lange verjähnte. Der Aufbau dieser Vorstellung war so intensiv, daß er berechtigter Kritik mancher Details verjagte, und auch die gefangenen Ungleichheiten der Hauptdarsteller konnte sich wohl kein Hörer dieser feinsten Hingabe, diesem Leben gewordenen Spiel entziehen. Es war eine Aufführung, die ihre Schönheiten für die letzten beiden Akte versparte, eine Aufführung, des glanzvollsten Aufführungs, eine der besten, die wir je gehört. Einen Teil der Verantwortung trägt die Tatsache, daß das heiß freudende Blut dieser romantischen Partitur in Kopf und Händen höchste Kraft und Begierde konzentriert wurde. Mit ihm in einem Atem schenkte Berolina Kemp eine Carmen, die uns zittern macht. Welch ein Weib! Das ist Weib und Leben wirklich ineinander verflochten, das ist Sinnlichkeit, die, dem Dämon Weib einnehmend, Menschen durcheinander peitscht, aufeinander heist. Was sie singt, halb Cantilene, halb Schrei und geprüdeltes Wort, ist Trunkenheit, und wohin ihre Begierde zielt, da ist ihr der Eier gewiß. In jedem, mehr äppeligen als spanischen Takt, reißt sie gleich die Szene an, wirft sich lebendig unter die Menschen, spielt mit Liebe und Seele, und verdirbt am Ranne, wie sie an ihm ein Leben lang gewesen war. Ohne Hemmung, wie die Stimme, erplodert der Mensch, das Tier in ihr. Der Schlusssatz: ein schillerndes Bild ertöndiger Leidenschaft. Man immer dieser Szenen, denn die ganze Rolle zu tief liegt, brüchig sein: ein solch zuckendes, schonungslos sich frei blühendes Menschendasein, grell und kraft und ohne Fier der Grazie wird man oft deutschen Bühnen nicht oft grüßen und preisen könnten. Sie riß auch den Don José Hutto mit, der leider oft mit Verhören und Detonationen zu kämpfen hat, im Schlusssatz aber ein Heros menschlichen, männlichen Leidens, erhebender Kraft wurde. Scheidli im Klang seiner schönen Stimme hieß sich als Escamillo, mehr lang als groß. Ein Lieberlauf an spanischem Temperament steht ihm. Die Maaher (Ricardo) jüchzig, lieblich, in Eingelauene. Und so auch die anderen Solisten (Jadoc, Henke, Knepel, Guskewicz). Des künstlerische Relief der Neuentstehung oder bildeten die Chöre, die wie in solcher Gestalt, solcher Intimität, solcher Reinheit und persönlicher Farbe überhaupt noch nicht gehört haben. Noch ein paar solcher Renoverungen — und die Berliner Staatsoper marschiert wieder voran. Dies unser liebster Sommerwunsch.

Carl Blasel, einst der populärste Komiker Wiens, ist im 91. Lebensjahre in Wien gestorben. Er wurde 1863 in der österreichischen Provinz entdeckt, kam dann nach Wien, wo er jahrzehntelang in den Kassen und Operetten die beliebtesten Rollen spielte. Er schuf in der damals klassischen Operette — vor allem in Offenbachs Werken — die typisch wienerische Verkörperung der „Jugendversion“. Der Wiener fand in ihm sein eigenes gemütlich-fröhliches Wesen geteilt wieder und verjäherte ihn. Bis vor einigen Jahren ist Blasel immer noch zur Bühne zurückgekehrt, nachdem er wiederholt als Theaterdirektor Schiffbruch gelitten. Mit ihm ist einer der letzten Zeugen und der beste Darsteller des alten lustigen Wien in seiner Blanzzeit dahingegangen.

Bekommt man diese Wahrheiten nun etwa zu hören, so Nationalisten und Monarchisten in öffentlichen Versammlungen gegen die „Kriegsschuldfrage“ kämpfen? O nein, dort wird aus dem Mangel der bewußten Absicht einfach die völlige Blütenweiche Unschuld der alten deutschen Regierung gefolgert. Daß es zwischen dem Vorlag und der Unschuld noch das weite Gebiet der Fahrlässigkeit gibt und daß im Falle der deutschen Regierung die äußerste, größte, bereits in den Eventualdokus übergehende Fahrlässigkeit vorliegt, davon wird in der Regel nicht nur nichts gesagt, sondern es wird im Gegenteil diese unpässendste Gelegenheit zur Verherrlichung des alten Systems und seines unfähigen Lenkers benutzt. An dieser Heuchelei können wir uns nicht mitschuldig machen.

Vor kurzem ist von dem Potsdamer Bericht der Kapitän des Sternkampfers Kaiser Wilhelm zu Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er seinen Dampfer in einen anderen hineingerannt und den Tod von mehreren Menschen verursacht hatte. Der Mann hat den Zusammenstoß auch nicht „gewollt“, aber das Gericht hat seine grobe Fahrlässigkeit mit Recht als strafbar angesehen. Wie mit dem Dampfer, so verhält es sich auch mit dem ehemaligen Kaiser Wilhelm und seinem System. Diese Männer sind schuldig, durch größte Fahrlässigkeit diesen Zusammenstoß herbeigeführt zu haben, der nicht zehn, sondern zwei Millionen Deutschen das Leben kostete, und diese Schuld wäscht auch keine mangelnde „Absicht“ von ihnen ab. Eine Erörterung der Kriegsschuldfrage, die dies verschweigt, ist nichts als Heuchelei.

## Vom nationalistischen Kummelplatz.

### Die „unpolitische“ Sonnenwendfeier.

In Prenzlau veranstalteten die sogenannten vaterländischen Vereine am 1. Juli unter dem Deckmantel einer Sonnenwendfeier einen großen nationalistischen Kummel, der vollkommen unpolitisch sein soll. Beweis: Festsprecher ist ein Herr Jürgen v. Rammin, der gewöhnlich als Konkurrenz-Anspöckelung in den Versammlungen der extremsten deutschvölkischen Antisemiten wirkt. Bei einer so „unpolitischen“ Frier darf natürlich die Reichswehr nicht fehlen. Sie stellt eine Musikkapelle, die extra auf mehrere Tage nach Prenzlau beurlaubt wird, obwohl es in Prenzlau Zivilmusikler genug gibt. — Die Arbeiter werden eine Gegen demonstration veranstalten.

### Die „Pfadsinder“ von Gleschendorf.

Es ist bekannt, daß die Ballunghorden nach ihrer formalen Auflösung sich unter Führung ihrer monarchistischen Offiziere als sogenannte Arbeitsgemeinschaften auf dem platten Lande niedergelassen haben. Dabei sind sie in militärischen Formationen verblieben und veranstalten militärische Übungen.

Unser Gewährsmann hatte Gelegenheit, am 1. Pfingstfestabend in Gleschendorf in Halstede eine Abteilung dieser Organisation zu beobachten. Boran marschierte — wie nicht anders möglich — Kampfmusik aus Trommlern und Pöfelfern zusammengeführt, dahinter, an der rechten Seite und hinten, wurde der Zug militärisch geleitet von Offizieren in den alten Uniformen mit Gorden, Hülfstücken und was so drum und dran hängt.

Der deutschnationalen Großgrundbesitzer und Getreidehändler Weidemann-Gleschendorf erklärte auf Anfrage nach dem Zweck dieses militärischen Aufzuges, daß es sich nicht etwa um Selbstschutz, sondern um „Pfadsinder“ handelt, die allerdings auf den Gärten untergebracht seien. Er meinte weiter, daß ihm das Herz höher schlage, wenn er diese Leute und ihre Formationen sehe und daß er sowohl, wie diese Formationen nur auf den Augenblick warten, in dem der Befehl gegeben wird, gegen alles, was augenblicklich herrscht, vorzusuchen und es zu beiseitigen. Man könne in der dortigen Gegend diesen Augenblick kaum abwarten.

### Hindenburg verteidigt Oden.

Von der Hindenburg-Reise nach Ostpreußen berichtet die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, daß Hindenburg bei einer „Innenen Besprechung“, die der Verfall der ehemaligen 17er seinem Ehrenvorstand Hindenburg gab, „mehrere Kameraden, die sich um das Kriegsverweilen besonders verdient gemacht haben“, die ihnen vom Koffhauerbund verliehenen Auszeichnungen verteilte. Der Koffhauerbund ist niemand anders als die Zentral-

„Die Doktrina des Königs“ muß im Lessingtheater wieder klingen, da „Die Fuchsjagd“ die erwartete Sommerbrühe nicht eintrug. In diesem Kollekteuren, und Königsfeld Kopf der Große Friedrich einmal seinem Kommandierender die Hinterseite, hierauf kloppt er mit der schönfäuligen Barberina, während er beiläufig, daß man ihm Mantel und Drogen zum Kriegsführen gegen Oesterreich bringt. Er schaukt, er tupft die Leute als alter Fritz mit dem Kräftstock an, er kerkert als junger Fritz und alter Fritz auf der Höhe. Er läßt sich von der Tänzerin ablassen, es fehlt wenig, daß er sie auf dem Krümpferwagen als Kriegsbagage verferndet. Die venezianische Mama Barberinas wärmt sich am Berliner Oden des beträchtliche Gefäß. Das Fräulein tätschelt den Hofrat, der ihr Gotte wird um, um.

Es ist Weidemann-Gleschendorf, von Rudolf Preoder und Leo Walter Stein in Halbwegsgehalte verdrängt. Es gefüllt immer, und außerdem wird immer das moralische und patriotische Lichtlein mit Seitenlammern gegen Weib und Bräutigam aufgesetzt. Es wird logar vernünftig, da Fräulein Leonore Dröschler für die unökonomische Reepelme Konstantin aus Potsdam geholt wurde. Gerührt sei Fräulein Dröschler. Man weiß nicht, ob sie viel Talent besitzt. Sie besitzt sicher viel Frechheit, sie weist ihre Leben beinahe so hoch wie ihr amüßiges Hirn. Ein häßliches Sternlein, das ein Scharbamer-Sier werden kann. Sie befehlt die Berliner — die nette Protodamerin. Kann sie auch mehr als Theater spielen? Es klang aus der spitzigen Stimme in manchen Sekunden Drogen mit einem Kerfen, den König mit dem Kräftstock trifft er besser.

Casanova Oden wurde in der deutsch-böhmischen Stadt Zug bei Erdarbeiten im Schloßpark entdeckt. Der berühmteste Liebesabenteurer, der uns in seinen Memoiren ein sorgiges Bild des 18. Jahrhunderts hinterlassen hat, war in seinen alten Tagen Bibliothekar des Grafen Wolfstein in Zug, wo er einsam und halbvergessen lebte. Der Grabstein trägt nur die Inschrift: „Casanova 1709“.

Erkannführungen der Woche. Donnerstag: Schanzenpark, Die Däbe der Gefahr. Sonntag: Neues Volkstheater, Die erste Weige.

Wien-Vorträge. Sonntag: Die Insel Rügen. Montag: Kleines Gedicht. Dienstag: Der kleine Ruz. Mittwoch: Vom Reich zum Meer. Donnerstag: Schwabenland. Freitag: Einkeimling.

Der dritte Volkshauskonzert. Zum dritten Male beruht der Verband der deutschen Volkshausvereine, an dessen Spitze die Berliner Volkshäuser steht, einen Vereinstag ein. Er findet vom 23. bis 25. Juni in Bielefeld statt. In einer öffentlichen Kundgebung werden der preussische Innenminister Karl Severing, Dr. Karl Eckhardt, Dr. Paul und Dr. Paul Houtelind, Adm über das Thema „Volk und Kunst“ sprechen. Außerdem steht die Tagesordnung einen Vortrag des Generalsekretärs Dr. Rehrich über den Stand der Volkshausbewegung, einen Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Edwin Schilling, Bielefeld über: Die Bedeutung der Volksbildung für die Volkshäuser und einen Vortrag des Volksheimleiters Dr. Siep-Dalle über den „Spielplan der Volkshäuser“ vor.

## Vom Reiseverkehr.

In Bayern über die Oberammergauer Passionsspiele bereits ihre Wirkung. Scharen von Ausländern, deren Valuta eine Bergungswelle nach Deutschland ohne nennenswerte Belastung des Budgets ermöglicht, sind auf dem Wege, und die Porten der Hotels stehen weit offen, die Gäste würdig zu empfangen, deren wohlgeleitete Briefschaften ein gutes Geschäft versprechen. Freilich, alle jene, die an dem Geschäft nicht partizipieren können, sondern unter der enormen Begehrterung infolge der Fremdenüberflutung zu leiden haben, sehen der Invasion mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Es fällt einigermaßen schwer, ihnen in geschätzten öffentlichen Erklärungen plausibel zu machen, daß die Liebertätigung der Lebensmittel und der Zimmer auch ohne die Fremden gekommen wäre und daß aus den zu erwartenden Milliardengehälften ein jeder Nutzen ziehe.

Denen, die kaum mit ihren Familien notdürftig leben können, wird wohl eine Reise nach Oberammergau nicht gut möglich werden. Die Zeiten sind selber vorüber, wo man mit einigen hundert Mark eine Bergungstour machen konnte, sogar ins Ausland. Mit Wehmut denken wir heute an jene glücklichen Jahre, wo noch keine unübersehbaren Valutamassen und Passsicherheit dem angeborenen Ueberschneide des Deutschen Schranken setzten. Der Weltkrieg hatte diesem glücklichen Zustande ein jähes Ende bereitet. Man hatte an anderes zu denken als an Reisen. Nun aber macht sich das Bedürfnis nach seelischer Entspannung und körperlicher Erholung von den lästigen Nachwirkungen des Krieges wieder geltend. Die böse Valuta hat den Reiseverkehr, der sonst in das Ausland flutete, angehalten und die Inlandsfremdenorte so überfüllt, daß die Preise in den höchsten für die breiten Massen, ganz abgesehen von den enorm gestiegenen Eisenbahnkosten, unerschwinglich geworden sind. Keineswegs aber für die Konjunkturpropheten. Und deren haben wir, während ganz Volkströgen verlesen, nicht zu wenige. Der Krieg mit seinen Heeresaufträgen und Preissteigerungen und die Hochpreiszeit mit ihrer künstlich geschaffenen Warenknappheit haben auf gewisse Volkskreise einen wahren Wellen niedergehen lassen. Wohin mit dem leicht verdienten Gelde? Es genügt diesen Parasten nicht mehr, in den Luxushotels und Schlemmerstätten der Großstadt ihren Reichtum zu zeigen. Sie wollen auf Reisen, in Kurorten und Bädern ihr Erdarbeitenleben weiterführen. Nichts ist ihnen zu teuer. Sie haben's ja. Da kann ein Besuch mit normalem Einkommen nicht mehr mit. Sie wollen Abwechslung, Sensation, eine Veränderung des Schauspieles ihrer so überaus nützlichen Tätigkeit.

Diese Art von Luxusreisenden verleiht allen Erholungsreisenden den rechten Reizgefühl, weil sie die teureren wirtschaftlichen Gegenstände aufdringlich auf Schritt und Tritt zum Bewußtsein bringen. Unter den schwierigen Verhältnissen, mit denen der größte Teil des deutschen Volkes zu kämpfen hat, sehen die meisten der beginnenden Reisezeit ohne Hoffnung entgegen.

A. N.



Organisation der Kriegervereine. Daß eine private Organisation sich annähert, Auszeichnungen auszugeben und durch Hindenburg verteilen zu lassen, ist ein Eingriff in die staatlichen Hoheitsrechte, der u. E. nicht zu dulden ist. Durch die Verfassung ist das Ordenswesen abgeschafft, und unverbesserliche Untertanengemüter, denen das Leben ohne Klempnerladen auf der Brust nicht lebenswert erscheint, mögen auf einen Kottillon-Ball gehen.

### Reichswehr-Geist.

Aus Lüttenberg wird uns geschrieben: Was man sich in der Reichswehr von nationalstiller Seite leistet, dafür lieferte das Fest der 9. Batterie des Art.-Reg. in Lüttenberg am 10. d. M. ein Beispiel: In dem Festprolog werden die Zustände in der Republik gezeichnet, und zwar mit den Worten: „Wir sind vom Teufel besessen“ — „Den Herren spielt jeder freche Witz und wir sind keine Knechte“ (Wie gefällt Ihnen das, Herr Gessler?) Der Schluß lautet: „Da aber wahn: Es kommt der Tag, der wird euch dich rütteln. Da steigt du auf aus dem Sargtopf, da wird der Ekel dich schütteln. Da wird erwachen der stürmende Ozean und den züngelnden Drachen vernichten; Da wirst du, göttlichen Zornes voll, gewaltige Taten verrichten. Da lasse der Himmel den frevelnden Bahn mit rächendem Maße dich messen!“

Und was der Feind ihm angetan, das sei ihm nicht vergessen. Ein aus Berlin verschriebener Offizier (in Zivil) hielt die Festrede im nationalstilleren Heiligtum. Er sprach vom „roten“ Sündenwall in Berlin mit der Justizriedenheit, daß Berlin nicht Deutschland sei. Auf die Festrede folgte das Lied: Deutschland über alles. An der Feier nahm der Batterieführer mit den übrigen Offizieren der Batterie teil. Der General Wächter war als Gast anwesend.

### Keine Ministerkrise in Thüringen.

Weimar, 17. Juni. Das Presseamt Thüringen teilt mit: Eine Reihe von Tageszeitungen haben die Meldung eines in Weimar neu eingerichteten Nachrichtenbureaus wiedergegeben, der zufolge in Thüringen eine Ministerkrise bestehen und der Minister des Innern Hermann sich wegen angeblicher Unstimmigkeiten im Thüringischen Staatsministerium mit Rücktrittswahrscheinlichkeit tragen soll. In dieser Nachricht ist kein wahres Wort. Bei den Urhebern der Meldung dürfte der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein.

### Kloth als Angeklagter.

Am Donnerstag, den 20. Juni, gelangt vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II die Verteidigungsklage des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid gegen den jetzigen Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Emil Kloth, zur Verhandlung. Kloth hatte Dr. Breitscheid Vaterlandsverrat und Verrücktheit vorgeworfen, was die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen ihn zur Folge hatte. Breitscheid ist als Nebenkläger zugelassen.

### Die Zwangsanleihe vor dem Reichstag.

In der heutigen Reichstagsitzung wurde an Stelle des verstorbenen Abg. Raden (Z) der Abg. Schwarz (Z) zum Schriftführer gewählt. Der Beschluswurf über die Entschädigung der Schöpfer, Geschworenen und Vertrauenspersonen wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Wiesbadener Abkommen und das Semelmanns-Abkommen wurden ohne Aussprache dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages überwiesen.

Das Haus trat dann in die Beratung der Zwangsanleihe, des Beschluswurfs zur Lenkung der Einkommensteuer und der Antezedente der Rechtsparteien auf Forderung der Erbschaftsteuer ein. Als erster Redner protestierte der Kommunist Hillel gegen die Steuerpolitik der Regierung und machte unserer Partei den Vorwurf, daß sie den Reichswirtschaftsminister Gemessen Schmidt in bezug auf seine Forderung nach der Erfassung der Sachwerte im Stich gelassen habe.

### Oberschlesiens Schicksalstage.

Kattowitz, 17. Juni. (M.B.) Der Einzug der polnischen Truppen in Kattowitz ist auf Dienstag, den 20. Juni, festgesetzt worden.

Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet, traf gestern früh vom Regierungspräsidenten in Oppeln ein Telegramm ein, nach dem die hiesige Polizei sofort aufzulösen sei. Daraus wurde die blaue Polizei nach und nach von den Straßen zurückgezogen und ebenso wie die Kriminalpolizei entlassen. Die amtlichen Ausweise wurden ihnen abgenommen. Die nicht in polnische Dienste über tretenden Beamten werden morgen abgelassen und haben bis Sonnabend Mitternach das Abstimmungsgebiet zu verlassen und sich dem Breslauer Polizeipräsidenten zur Verfügung zu stellen, von wo aus ein Teil nach Abzug der internationalen Truppen nach Deutsch-Oberschlesien zurückkehren wird. Voranschläglicher Polizeipräsident für Kattowitz ist Dr. Wildner. Polnische Polizeibeamte sind zum großen Teil bereits eingetroffen, so daß von morgen früh ab die Stadt Kattowitz der polnischen Polizei untersteht.

### Die Wiener Demonstrationen.

Wien, 17. Juni. (M.B.) Die für gestern angekündigten sozialdemokratischen Demonstrationen versammelungen sind bei massenhaftem Besuch ohne Zwischenfall verlaufen. Die vielfach zum Ausdruck gekommene erregte Stimmung wurde durch die Redner beschwichtigt, die zur Besonnenheit mahnten und der Arbeiterschaft empfahlen, eine zu wartende Stellung einzunehmen. Sollten die jüngsten zur Sanierung der Wirtschaft angefügten Maßnahmen keinen Erfolg zeitigen und die versprochenen Auslandskredite nicht kommen, dann müsse auf dem Anschluß an Deutschland bestanden werden. In allen Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, in denen die Regierung aufgefordert wird, der Geldentwertung schleunigst entgegenzutreten.

### Die irischen Wahlen.

Dublin, 17. Juni. (E.P.) Die Beteiligung an den gestrigen Wahlen ist sehr zahlreich, es wurden keine Zwischenfälle gemeldet. Bis jetzt ist nur das Ergebnis der Wahlen an der Universität Dublin bekannt, die das Recht hat, 4 Kandidaten zu wählen. Es sind 2 Vertragsanhänger, 1 Republikaner und 1 Unabhängiger gewählt worden. 973 Wähler des Unabhängigkeitswahlkreises haben sich zugunsten, 670 gegen den Vertrag von Downing Street ausgesprochen.

Der Text der irischen Verfassung wurde heute morgen veröffentlicht. Die „Irish Times“, der früher unantastbar war, unterstützt den Vertrag von Downing Street. Sie erklärt, der Verfassungsentwurf sei eine ausgezeichnete Scharte der Freiheit. Andere irische Blätter kommentieren den Verfassungsentwurf ebenfalls in günstiger Weise.

## Die Reform der Berliner Verwaltung.

### Ein Musterbeispiel „sozialistischer Mithwirtschaft“.

In der gestrigen Sitzung des Staatsausschusses der Stadtverordnetenversammlung machte der Syndikus Genosse Lange höchst interessante Ausführungen über die in die Wege geleitete Reform des Verwaltungsapparates von Groß-Berlin. In überaus freimütiger und gerade darum überzeugender Weise kritisierte der Magistratsvertreter unter Zustimmung des Räumers wie der Stadtverordneten den bisher üblichen Ueberfluß an Beamten und Hilfskräften und den schleppenden bürokratischen Geschäftsgang der städtischen Verwaltung. Den bürgerlichen Stadtverordneten, die dieser Kritik zustimmten, wird es keine ungetriebene Freude gewesen sein, als der Syndikus feststellte, daß die neue sozialistische Stadtverwaltung Zustände angetroffen habe, die sich von denen des Jahres 1870 nicht wesentlich unterschieden hätten und daß nun der jetzige Magistrat die bestehende Mithwirtschaft, das Erbschaft des alten Berlins, zu beseitigen habe.

Augenblicklich prüfen Oberreferenten die einzelnen Amtsstellen auf den unbedingt notwendigen Beamtenapparat und haben bereits jetzt außerordentliche Abstriche gemacht. So hat es sich beispielsweise herausgestellt, daß in Berlin-Mitte die Angelegenheiten von 794 Erwerbslosen durch nicht weniger als 168 Beamte bearbeitet werden — auf 5 Erwerbslose kommt ein Beamter — oder daß das Bezirksamt Wilmersdorf in seiner Steuerverwaltung den alten Beamtenbestand beibehalten hat, als ob es keine neue Einheitsgemeinde gäbe. Der Syndikus sagte seine Meinung dahin zusammen, daß es zu wenig Personal in keiner einzigen Amtsstelle in Berlin gäbe — dies behaupteten nur die beteiligten Bureauvorsteher, die leider noch auf dem alten Standpunkt ständen, daß ihre Arbeit um so wertvoller sei, je mehr Personal ihnen unterstände, statt im Gegenteil ihren Ehrgeiz darin zu sehen, mit möglichst wenig Personen, möglichst viel Arbeit zu leisten. Insbesondere habe Berlin einen Ueberfluß an Hilfskräften aus der Kriegszeit, während es an ausgebildeten und erfahrenen Beamten noch hier und da fehle. Es sei eine regelrechte

### Ueberstundenmithwirtschaft

eingetrisen, die den Etat ganz außerordentlich belaste. Die Steuerverwaltung besitzt allein 300 besondere „Positionen“ für Ueberstunden. Von den Bezirken sind eine recht freigebig in der Anforderung neuer Beamtenstellen gewesen, insbesondere hat Charlottenburg die neuen Stellen mit fast 10 Millionen ohne die im Finanzinteresse notwendige Kritik in den Etat eingestellt, aber auch Treptow und Lichterberg fallen beispielsweise durch starke Reauforderungen auf. — Der Staatsausschuss strich auf Grund dieser Ausführungen und der zunehmenden Reueherungen namentlich der Linksparteien von dem 58-Millionen-Bestell für Hilfskräfte und Ueberstunden nicht weniger als 30 Millionen, von den neuen Stellen für die Bezirke, die mit 76 Millionen eingestellt waren, aber nur 50 Millionen. Rechnet man hierzu die 100 Millionen, die der Magistrat bereits selbst im Nachtrag des Etats für die Verwaltungsreform in Ansatz gebracht hatte, so ergibt sich die immerhin beachtliche Summe von insgesamt 180 Millionen.

Zur Widerlegung von Gerüchten, die vielfach umlaufen, sei noch darauf hingewiesen, daß in der neuen Stadtverwaltung Berlin jedweder Beamte und Angestellte seinen „Marshallstab“ im „Lor-nister“ trägt. Die frühere „Bemerkung“ ist allerdings abgeschafft, sie hatte ja zu einer Protektionswirtschaft und Liebedienerei überflüssig Art und zu großen Ungerechtigkeiten geführt. An ihre Stelle ist ein geregelter Ausbildungsgang durch das „Verwaltungseminar“ der Stadt getreten, der durch Prüfungen abgeschlossen wird. Die Schulbildung ist für diesen Ausbildungsgang in keiner Weise mehr maßgebend, die gehobenen Stellen innerhalb der Verwaltung stehen dem Volksschüler genau so wie dem Assessor offen.

### Zur Förderung des Wohnungsbaues.

Die Märkische Heimstätten-Gesellschaft m. b. H., an der die Stadt Berlin sowie die Provinz Brandenburg und der Staat Preußen als Hauptgesellschafter beteiligt sind, hat im Januar 1921 innerhalb des Gebietes von Berlin 10 Bauvorhaben mit 387 Wohnungen finanziert. Sie will weitere Bauvorhaben, die finanziell als günstig zu bezeichnen sind, durch Geldhergabe fördern, aber sie bedarf dazu einer Stärkung ihrer Mittel. Die Stadt Berlin ist an der Märkischen Heimstätten-Gesellschaft beteiligt als Rechtsnachfolgerin des früheren Wohnungsverbandes Groß-Berlin mit 3 500 000 M. und als Rechtsnachfolgerin von elf früher selbständigen und jetzt zu Berlin gehörenden Gemeinden mit 234 000 M., im ganzen also mit einer Stammeinlage von 3 734 000 M. Auch Provinz und Staat sind mit je 3 500 000 M. beteiligt. Infolge der fortwährenden Geldentwertung muß aber die Gesellschaft sehr fordern, daß die Stammeinlagen verdoppelt werden. Der Magistrat will diesem Wunsch Rechnung tragen und hat daher beschlossen, die Stammeinlage Berlins von rund 3¼ Millionen auf 6 Millionen zu erhöhen. Voraussetzung ist, daß Provinz und Staat ihre Einlagen gleichfalls entsprechend erhöhen. Die Mittel zur Einlagenerhöhung wären aus dem Ertrag der Wohnungsbaubgabe zu nehmen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung.

### Ein Berliner bei Greifswald ermordet.

#### Die Persönlichkeit noch unbekannt.

Eine dunkle und noch ganz unaufgeklärte Mordtat in der Greifswalder Gegend beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei, weil der Ermordete wahrscheinlich ein noch unbekannter Berliner ist. Es handelt sich um einen Mann, der auf dem Wege von Ranzin nach Wollratshof tot und schon stark verwest aufgefunden wurde. Er hat einen Schuß in das Genick erhalten, und der Schädel ist ihm zertrümmert worden. Wertgegenstände wurden bei der Leiche nicht gefunden, sie sind wahrscheinlich geraubt worden. Der unbekannte Tote stand im mittleren Lebensalter, war 1,65 Meter groß und kräftig, hatte graues Haar und dunkelblonden Bart und trug einen grau-grünen weichen Filzhut, einen kurzen Ueberrock, braune wollene Hosen und Weste, schwarze Lederschuhe, ein rotgefärbtes Hemd mit weißem Strickhemd, Dowermäße und ein doppelreihiges Bruchband. Bei der Leiche fand man einen Fahrchein der Berliner Straßenbahn, der nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei am 16. Januar d. J. um 8 Uhr 30 Minuten auf der Linie Ring 3 zwischen dem Lühompf und der Röhlsdammstraße ausgeben worden ist, und den Prospekt eines Berliner Heilmagnetiseurs, der seine Zettel in der Nähe des Stettiner Bahnhofes verteilen zu lassen pflegt und sie dort besonders Anfangs dieses Jahres viel hat verteilen lassen. Der zur Feststellung des Ermordeten, der wohl irgendwo in Berlin vermißt werden muß und vielleicht auf seiner Besorgung aufs Land gefahren ist, beitragen kann, wird ersucht, sich bei Kriminalsekretär Stoll im Zimmer 102 des Polizeipräsidentiums zu melden.

### Die leeren Kriegsbeschädigten-Abteile.

Vor längerer Zeit hat die Reichsbahnverwaltung allgemein in den Eisenbahnabteilen die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in besonderen Abteilen zur leichteren Beförderung angeordnet. Daraufhin wurden in den Fern- und später auch in allen Stadt-, Ring- und Vorortzügen für die Kriegsbeschädigten besondere Abteile vorbehalten, die zwar in der ersten Zeit sehr reger benutzt wurden, deren Benutzung jetzt aber erheblich nach gelassen hat, weil die Reichsbahnverwaltung die Benutzung von der Mitführung eines besonderen „amtlichen“ Ausweises abhängig macht. Diese gänzlich verfehlten Bestimmungen der Eisenbahnverwaltung zur Benutzung

der Kriegsbeschädigten-Abteile hat die meisten der wirklichen Kriegsbeschädigten von den für sie vorbehaltenen Abteilen ferngehalten, und jetzt, wo die Abteile meist leer gefahren werden, geht die Eisenbahnverwaltung mit dem Gedanken um, die Abteile wieder in den öffentlichen Verkehr einzubeziehen. Der Gedanke hierbei scheint der zu sein: Die Abteile werden nicht benutzt, also ist kein Bedürfnis dafür vorhanden! Anstatt also den Kriegsbeschädigten die Benutzung der Abteile zu erleichtern und sie nicht mehr von dem berühmten amtlichen Ausweis abhängig zu machen, wird die an sich lobenswerte Einrichtung kurzerhand eingezogen.

### Ein Sonderzug nur für Ausländer.

Aus Lestertreien wird uns geschrieben: Ich habe am 13. d. M. bei dem Mitteleuropäischen Reisebureau (amtliche Stelle) 4 Billets nach Birm mit Baggage verlangt. Das amtliche Reisebureau hat mir darauf Karten ausgehändigt für den Zug 9 Uhr 30 Minuten vormittags ab Stettiner Bahnhof. Auf Grund dieser Billets habe ich mich für den 13. d. M. nachmittags in Birm angemeldet. Wie ich gestern früh mit meiner Familie, bestehend aus vier Personen und zwei Kindern, an der Sperre des Stettiner Bahnhofs auf Grund meiner Billets um 9 Uhr Einfluß zu dem Zuge verlangte, bekam ich die Antwort, daß für Reisende an die Ostsee dieser Zug gesperrt wäre. Dem Eisenbahn-Amtmann des Stettiner Bahnhofs wurde dazu folgendes erklärt: „Seit dem 15. Juni verkehrt 8 Uhr 35 Minuten ein Zug, der für die deutschen Reisenden nach den Ostseebädern bestimmt ist. Wie ich ihm darauf vorhielt, daß ich auf Grund meiner Baggage und meiner Billets Anspruch auf Mitreise für den Zug 9 Uhr 30 Minuten hätte, erklärte er mir, daß der Zug nach Schweden gehe und in der Hauptsache nur für Ausländer bestimmt sei.“

Es ist unverständlich, wie die Eisenbahn als öffentliches Verkehrsunternehmen ihren eigenen Landsleuten die Mitfahrt zu einem Zuge verbieten kann, damit die Ausländer bequemer fahren können.

### Gefälschte englische Pfundnoten.

Um 600 000 M. wurde ein Kaufmann Baufle von der Spandauer Brücke 10 beim Goldhandel mit einem Engländer betrogen. Baufle hat die Erlaubnis, mit Gold zu handeln. Kürzlich lernte er im Kaiser-Café in der Friedrichstraße einen Unbekannten kennen, der sich als Mittelsmann eines Engländer ausgab, der jede Menge Geldes zu jedem Preise ankaufe. Baufle, der zwei Goldbarren besah, war vorsichtig und wollte zunächst kein englisches Geld nehmen. Als der inzwischen erschienene Engländer erklärte, daß er nur Pfundnoten besähe, nahm Baufle doch einige als Anzahlung mit der Vereinbarung, daß das Gold am nächsten Tage geliefert werden würde. Baufle ging dann mit den Notizen zur Bank und erhielt sie hier auch arbeitslos umgewechselt. Am nächsten Tage wurde das Geschäft endgültig abgeschlossen. Baufle übergab die Barren, erhielt noch 400 englische Pfund und zahlte 12 000 Mark heraus. Die Pfundnoten brachte er zum Verkauf auf die Börse. Zu seiner Ueberzeugung erhielt er aber hier die Nachricht, die Notizen seien auf der Börse als falsch angehalten worden. Der Engländer und sein Schlepper sind mit ihrer Beute verschwunden.

### Eine Dienstwohnung für den Oberbürgermeister.

Die Anregung, dem Oberbürgermeister eine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen, ist im Etatsauschuss von neuem aufgegriffen worden. Er hat heute in erster Lesung den Beschluß gefaßt, im Schloß Ronbijou eine Dienstwohnung für den Oberbürgermeister zu mieten.

Im Berliner Aquarium ist ein grüner Leguan zusammen mit seinem schwarzen mittelamerikanischen Verwandten im Waldterrarium Nr. 11 des zweiten Stockwerks zu sehen. Dieser fast meterlange, sehr lanchschwänzige, kräftig grüne, mit dunklen Querstreifen gemusterte Reptilianer hat an den Kopfseiten eigenartige perlmutterweiß glänzende Flecken und einen hohen streifenförmigen Rücken. Leider ist es schwer, diese aneinander an bestimmte Blätter angepaßte Baumleiche, deren Eier in ihrer Heimat als Speise geschätzt werden, in der Gefangenschaft lange am Leben zu erhalten.

### Das Schiffsunglück im Hamburger Hafen.

#### Die Zahl der Toten noch unbekannt. — 118 Gerettete.

Die Zahl der Geretteten, des umgeschlagenen brasilianischen Dampfers „Avaré“ beträgt 118 Mann. Schiffe von Zeute, die bewußlos waren, sind wieder ins Leben zurückgerufen worden. Bei den Rettungsarbeiten ereigneten sich einige schwere Unfälle. So wurde einem Werftarbeiter bei der Bedienung einer Sauerstoffflasche der rechte Arm abgeschlagen. Während der Schweißarbeiten geriet ein Teil des Schiffsrumpfes in Brand, den die Feuerwehr aber ersticken konnte. Man fand eine farbige Stewardess tot auf. Vorläufig werden elf Arbeiter von Hamburger Ausrüstungsfirma, die auf dem Schiffe arbeiteten, vermißt. Der Kapitän des Dampfers wurde bewußlos ins Krankenhaus gebracht.

Von maßgebender Seite wird das Unglück wie folgt geschildert: Gegen 11¼ Uhr lenkerte der Dampfer „Avaré“ von der Vulkanwerft. Das Schiff ist der ehemalige Norddeutsche Lloyd-Dampfer Sierra Nevada und gehörte dem Lloyd Brasileira. Das Schiff hatte eine Größe von 8220 Bruttoregistertonnen. Es kam am 7. Juni auf das Dock 3 der Vulkanwerft, um einen neuen Bodenrost zu erhalten. Ferner sollten einige kleinere Reparaturen vorgenommen werden. Gestern wurde das Schiff wieder ausgedockt. Es verholte mit Hilfe von vier Schleppern rückwärts aus dem Dock und zeigte dabei Schlagseite nach Backbord. Beim Verholten des Schiffes in das Fahrwasser, als die Schlepper nach der Steuerbordseite herüberzogen, legte sich das Schiff nach der anderen Seite über, wobei schon die offensichtlich verrosteten Bullaugen Wasser übernahmen. Nach kürzerem Wiedereintritt erfolgte eine neue Krängung nach Steuerbord, und nunmehr kam das Schiff zum Kentern. Beim Ein- und Ausboden, sowie beim Verholen eines Schiffes trägt nach den Deckbestimmungen des Hamburger Doktariffes die Deckwerft keinerlei Verantwortung für die Stabilität des Schiffes und für sonstige mit dem Schiff getroffene Maßnahmen. Es ist lediglich Sache des Schiffsführers, für richtige Füllung der Vorkastons Sorge zu tragen, damit das Schiff jederzeit genügende Stabilität hat. Diese Vorsicht ist hier offenbar von der Schiffsbefahrung, die aus Ausländern besteht, außer acht gelassen worden. Die Werftfeuerwehr und zwei Züge Hamburger Feuerwehr, sowie eine Sanitätskolonne sind sogleich tätig, um den letzten Mann aus dem Schiff zu bergen. Ob und wieviel Tote das Unglück gefordert hat, steht bis zur Stunde noch nicht fest. Auch die Zahl der Verletzten wird erst im Laufe des Abends mit einiger Sicherheit festzustellen sein.

### Ein französischer Nationalheld gestorben.

Die französischen Blätter bringen die Todesnachricht des tapferen Mannes Charles Laghe, der im November 1914 im Augustin, als die deutschen Armeen die Schelde überfahren wollten, bei Neuport die Schützen geöffnet und so durch die Ueberflutung der Gegend zwischen Neuport und Dirmuiden den deutschen Armeen den Weg nach Calais abgeschnitten hat.

### Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Einladung, Kindergruppe der 11., 12., 16. Abteilung nach Hermsdorf, Sommerfeste im Park von Schöneberg, Inhaber Junghans, in der Nähe vom Constanter, Abfahrt Bahnhof Grünzbrunn: 7.25, 8.20, 9.25 Uhr. Zu diesen drei Abgängen werden die Mitfahrenden am Bahnhof erwartet.

6. Kreis, Ravensberg, Abteilungsleiter, Materialabteilung bei Volk, Größt: 26. Jungsozialisten, Gruppe 7. Fahrt findet nicht statt.



